

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Unternehmensethik"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

«Unternehmensethik»

Wie «Ethik» heute in aller Munde ist, so boomen auch die «Bindestrich-Ethiken»: Bio-Ethik, Medizin-Ethik, Medien-Ethik, Berufs-Ethik, Arbeits-Ethik, Wirtschafts-Ethik oder auch Unternehmens-Ethik. «Trägt der Unternehmer eine volkswirtschaftliche und soziale Verantwortung?» war kürzlich sogar Tagungsthema des rechtsbürgerlichen «Redressement national». Und niemand unter den Teilnehmern und wenigen Teilnehmerinnen wollte die Frage negativ beantworten, auch nicht die FDP-Nationalrätin, mit der zusammen ich ein «Streitgespräch» im friedlichen Kandersteg führen sollte. Ich fragte bei soviel «Unternehmensethik», ob diese mehr bedeute als nur das Alibi für ein System, das mit Ethik immer weniger in Einklang zu bringen sei? Ich fragte und fragte hier weiter, ob Unternehmensethik, würde sie ernst genommen, nicht das Ende des Wirtschaftsliberalismus, ja des Kapitalismus überhaupt bedeuten müsste.

Die Amoralität der «Marktwirtschaft ohne Adjektive»

Für den *Neoliberalismus* sollte die Antwort klar sein: Er denunziert die «soziale Gerechtigkeit» als «Schlagwort des Sozialismus» und anerkennt auch keine Sozialethik. Nicht die soziale Verantwortung, sondern die Gewinnmaximierung ist hier einziges und höchstes Ziel des Unternehmens. Wer den Begriff des «Sozialen» als Grund und Grenze der Wirtschaft versteht, rechtfertigt damit nur den staatlichen «Interventionismus». Friedrich A. v. Hayek, der Begründer dieses Neoliberalismus, brachte es auf den ideologischen Punkt, «dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat

kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit», übrigens auch «soziale Demokratie keine Demokratie» sei.¹

Adam Smiths «*unsichtbare Hand*», die bei Hayek zur «*spontanen Ordnung*» mutiert, koordiniert die Interessen der wirtschaftenden Subjekte, mögen diese noch so egoistisch motiviert sein, zum Wohl des Ganzen. Ein Markt aber, der das Heil der Menschen hervorbringt, wenn man ihn nur machen lässt, verträgt sich mit keiner Ethik, die an ihm herumrörgelt. Der Markt «sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden», schreibt ein deutscher Ökonomieprofessor, in der Ökumenischen Rundschau.² Solidarität beruht nicht mehr auf Ethik, sondern wird durch den Markt gewährleistet, von selbst, «*ex opere operato*».

Wie weiland bei Friedrich Engels reduziert sich auch die neoliberale Freiheit auf «*Einsicht in die Notwendigkeit*». Vom «Diktat des weltweiten Wettbewerbs» schrieb die NZZ nach der Novartis-Fusion. Dazu gebe «es aus einer gesamtgesellschaftlichen Sicht ... keine Alternative». Also auch keine ethische.³

Diese «Marktwirtschaft ohne Adjektive» ist eine neue Form von Zwangswirtschaft. Ihr Zwang heisst «Effizienz». Diese «verifiziert» sich aber nicht etwa durch ihren Beitrag zur Befreiung aus Armut oder zur Arbeit für alle, sondern einzig und allein durch den Shareholder value. Der «*Unternehmenserfolg*» bemisst sich gemäss NZZ (24./25.8.96) «am ökonomischen Wert ..., der für die Eigentümer geschaffen wird». Berühmt geworden ist *Milton Friedmans* Satz: «The Social Responsibility of Business is to Increase its

Profits» (so der Titel eines Essays von 1970 für das Times Magazine). Ähnlich meint Wirtschaftsprofessor Walter Wittmann: «In der Marktwirtschaft hat die Firma keine soziale Verpflichtung. Sozialpolitik ist eine staatliche Aufgabe» (TA, 16.12.97). Und der Zürcher Regierungsrat und Finanzdirektor Eric Honegger doppelt nach: «Gewinn zu erzielen, ist die einzige volkswirtschaftliche Aufgabe eines Unternehmens» (NZZ, 5./6.10.96). Solche Sätze bewegen sich auf demselben Niveau, wie wenn Gewerkschaften sagen würden, die Aufgabe des Arbeitnehmers sei es, nicht Arbeit zu leisten, sondern Lohn zu beziehen.

Wer erst noch die *Sprache* dieses ethisch enthemmten Effizienzfetischismus analysiert, stösst auf erstaunliche Wendungen: Bereits vor ein paar Jahren verkündete der damalige Nestlé-Chef Helmut Maucher, er habe das «ethische und soziale Gesäusel» satt und verlange Manager mit «Kampfwillen» und «Killerinstinkten» (Arbeitgeber, 1/1991). Dieses Killervokabular ist nicht die Entgleisung eines Einzelnen. Auch von dem aus dem Leben geschiedenen Spross aus dem britischen Bankhaus Rothschild hiess es, er sei halt ein «Familienmann» gewesen; um das Unternehmen erfolgreich zu führen, habe ihm der «notwendige Killerinstinkt» gefehlt (TA, 12.7.96). Und ein Unternehmensberater namens Werner Halter hat für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU das schlagende Argument gefunden, es gelte, «dem <Fischbassin Schweiz> zur Kräftigung des (Rest-)Bestands einige <Killerfische>» zu verschreiben (NZZ, 28.3.96). Damit nicht genug, eröffnete im letzten Monat eine Managerschule in Paris ihren Betrieb unter dem ehrlichen Namen «Ecole de Guerre économique» (Publik-Forum, 29.8.97).

Wie frei sind unternehmerische Entscheide?

Wäre die unternehmerische Freiheit nur Einsicht in marktwirtschaftliche Zwänge, dann hätte die ethische Fragestellung tatsächlich ausgedient. Nur, so «*rational*»,

wie die Neoliberalen vorgeben, verhält sich weder die Marktwirtschaft noch die unternehmerische Entscheidung. Der Unternehmensberater Richard K. Streich meinte kürzlich: «Ich muss der Mär von der Rationalität der Manager widersprechen. Meiner Erfahrung nach entscheiden sie letztlich in starkem Masse emotional und weniger auf Grund von Fakten. Auch persönliche Animositäten innerhalb des Managements spielen bei Entscheidungen immer wieder eine wesentliche Rolle» (SoZ, 27.4.97). Ernst Thomkes Abgang bei Bally ist eins der Beispiele, die diese Aussage bestätigen.

Wie rational verhalten sich deutsche Top-Manager, wenn sie laut Streich für ihr wichtigstes «Humankapital», nämlich die *eigenen Kinder*, keine Zeit haben, mit ihnen pro Arbeitstag gerade noch elf Minuten sprechen, und dies erst noch im «Kasernen-ton»? Und wie rational entscheiden Manager, von denen eine Studie der deutschen Unternehmensberatung Kienbaum 1994 behauptete, sie litten zu 60 Prozent unter *Neurosen* (Weltwoche, 12.6.97)?

Viele unternehmerische Entscheidungen sind vermutlich so *pathologisch* wie der entfesselte Markt, dessen «unsichtbare Hand» dem einzigen Zerstörungsplan zu folgen scheint, immer neue soziale Verwerfungen und ökologische Schädigungen hervorzurufen. Wenn Aktienkurse steigen, weil Massentlassungen angekündigt werden, ist das ethisch eine analoge Perversion wie die *Neutronenbombe*, die Menschen tötet und Sachwerte verschont.

Wie rational begründet sind die *Mega-fusionen* unserer Zeit? Nicht einmal die von den Börsen am meisten gefeierte Fusion von Ciba und Sandoz zu *Novartis* entsprach einer zwingenden Notwendigkeit, hatten doch beide Firmen im Vorjahr noch Rekordgewinne von 13 bzw. 19 Prozent eingefahren. Wie rational war die Entscheidung der beiden Firmen, ihrer 100jährigen Konkurrenz ein Ende zu setzen und 10 000 «überflüssige» Arbeitsplätze aufzuheben? Wann aber hat ein Unternehmen seine «kritische Grösse» erreicht? Wann setzen Fusionen den Wettbewerb

ausser Kraft, auf den sie sich berufen? Wann führen Massenentlassungen zum Ende jenes «Standortvorteils», der «Arbeitsfrieden» heisst?

Eine besondere Negativfigur ist der *Raider*. Er verbündet sich mit potenten Geldgebern gegen eine Firma, die nicht die gewünschte Kapitalrendite abwirft, aber über einen hohen Substanzwert verfügt. Das Unternehmen wird über alle volkswirtschaftlichen und sozialen Bedenken hinweg aufgekauft und ausgeweidet. Wenn der Bankier Martin Ebner mit seinem Angriff auf die Winterthur-Versicherung in acht Monaten mehrere hundert Mio. Franken verdienen kann, ist das «schlicht unmoralisch» (TA, 16./17.8.97).

«Müssen» unternehmerische Entscheidungen einer möglichst kurzfristigen und kurzfristigen Profitmaximierung folgen? «Muss» die Kapitalrendite neuerdings 15 Prozent betragen, während 8 Prozent immer noch mehr als genug wären? Gegen jede derartige Fixierung auf den *Shareholder value* sollten Gegengewichte entstehen. Regierende, Arbeitende und Konsumierende sind den einseitigen Profitinteressen nicht wehrlos ausgeliefert. Dass in Freiburg weiterhin Cardinal gebraut wird, ist ein Erfolg der Arbeitenden und der Politik, aber auch des Boykotts gegen Feldschlösschen. Der Spielraum war offenbar grösser als die Unternehmung vorgab, als sie von «ökonomischen Zwängen» sprach. Ähnliches ist von der *Stahl Schweiz AG* zu vermelden, deren Giesserei in Solothurn nur dank der Intervention der Kantonsregierung nicht liquidiert wurde.

Ein Hoffnungszeichen erreichte uns im vergangenen August auch aus den USA. Dort hatten die 185 000 Fahrer von *United Parcel Service* in einem Streik erreicht, dass Lohnerhöhungen gewährt und mehrere tausend Teilzeitjobs in feste Arbeitsplätze umgewandelt wurde. UPS konnte sich diese «Konzession» durchaus leisten, denn das Unternehmen hatte im letzten Jahr einen Gewinn von 1,1 Mia. Dollar erzielt. Aber es brauchte den Druck der Streikenden, um UPS zu einem ethischen Verhalten zu zwingen.

Was sagt die Ethik?

Wie schon die Tagung des «Redressement national» zeigte, ist «Unternehmensethik» denkbar unbestimmt und darum fast beliebig bestimmbar. Die zur Zeit wohl beste Orientierungshilfe in diesem Wirrwarr bietet der Wirtschaftsethiker *Peter Ulrich* an, der zwischen instrumentalistischer, karitativer, korrektiver und integrierender Unternehmensethik⁴ unterscheidet:

– «*Instrumentalistische Unternehmensethik*» geht davon aus, dass Firmen «in Moral investieren» müssen, um am Markt zu bleiben. «Ethik» wird «Rentabilitätsfaktor». Dahinter steht die Vorstellung, dass die «unsichtbare Hand» nicht den Egoismus, sondern das gute Verhalten belohnt. Der Markt verbürgt so die Harmonie von Ethik und unternehmerischem Erfolgstreben. Für diese Ethik entstehen darum keine Konflikte mit dem Gewinnstreben. Sie ist nicht nur instrumentalistisch, sondern lässt sich auch instrumentalisieren. Wenn der Markt das Gute belohnt, dann ist auch alles gut, was dem Markte dient.

– «*Karitative Unternehmensethik*» kommt nur «post festum» zum Zug. Sie geht davon aus, dass erst der unternehmerische Erfolg es erlaubt, Gutes zu tun. «Nur wer Überschüsse erzielt, kann sie guten Zwecken zuführen.» Die Überschüsse sind der Zweck, der die Mittel heiligt. Der Kuchen muss zuerst gebacken werden, bevor er verteilt werden kann. Es kommt allein auf seine Grösse an, nicht auf das Rezept, nach dem er gebacken wird. Diese Unternehmensethik, die erst einsetzt, wenn die ethisch relevanten Fragen aufhören, reduziert sich auf reine «Spendenethik».

– «*Korrektive Unternehmensethik*» erlaubt wenigstens keine unbegrenzte Gewinnmaximierung. Das Gewinnprinzip ist zwar der Normalfall – mit «ethischer Richtigkeitsvermutung» –, aber es gibt auch den Konfliktfall, wo der Zweck des Gewinns nicht mehr jedes Mittel rechtfertigt. Im Grunde setzt auch die «korrektive Unternehmensethik» die Marktlogik als autonomen Mechanismus voraus, erlaubt sich aber gewisse Korrekturen, wenn Gewinn-

maximierung Folgen hat, die «ausnahmsweise» ethisch nicht mehr vertretbar sind.

– «*Integrative Unternehmensethik*», wie sie Peter Ulrich selbst vertritt, fragt nach der Legitimation jedes wirtschaftlichen Handelns. Hier gibt es überhaupt keinen ausserethischen Ökonomismus, sondern jede unternehmerische Entscheidung über die Fragen, was, wie und für wen produziert werden soll, ist ethisch zu verantworten. «Integrative Unternehmensethik versteht sich als permanenter Prozess der vorbehaltlosen kritischen Reflexion und Gestaltung tragfähiger normativer Bedingungen der Möglichkeit lebensdienlichen unternehmerischen Wirtschaftens.»⁵

Ethik kennt in der Tat keinen ihr entzogenen autonomen Sachbereich bzw. «Sachzwang», muss daher immer «integrativ», d.h. alle Bereiche menschlichen Handelns einbeziehend und reflektierend, sein. Der Neoliberalismus, der die Gewinnmaximierung als einzigen Zweck des Unternehmens begreift, ist eine Beleidigung der *praktischen Vernunft* (im Sinne Kants), ein Angriff auf die *menschliche Würde*, die niemals Mittel zu einem ihr fremden Zweck sein kann, weder zum Zweck der Durchsetzung von Marktgesetzen noch zum Zweck der Gewinnmaximierung.

Das Unternehmen ist *Teil der Gesellschaft*. Nicht anders als der Bürger oder die Bürgerin ist auch das Unternehmen verpflichtet, dem Wohl dieser Gesellschaft zu dienen. Das Unternehmen muss die demokratisch beschlossenen Gesetze respektieren und darf sie auch nicht unterlaufen, schon gar nicht durch die verschiedenen Formen der Steuerflucht. Es muss verhindern, dass durch seine Produkte Mensch und Natur Schaden nehmen. Wenn Tabakkonzerne wider besseres Wissen die Nikotinsucht fördern, dann fehlt es an der viel beschworenen Eigenverantwortung. Aus dem Primat der Ethik vor der Gewinnmaximierung kann auch folgen, dass ein Auftrag nicht angenommen werden darf, wenn er – wie das grössenwahnsinnige Drei-Schluchten-Kraftwerk am Jangtse – Natur zerstört und Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Der Unternehmenszweck, der hinter jeder Gründung und jedem Investitionsentscheid steht, ist ethisch zu legitimieren. Die Priorität gilt dabei nicht dem Shareholder value, sondern der Schaffung von sinnvollen und existenzsichernden Arbeitsplätzen, auch wenn die Börse die Jobkiller belohnt und «Investitionen» in den Casino-Kapitalismus rentabler sein mögen. Wo immer die real existierende Ordnung (oder Unordnung) der integrativen Unternehmensethik im Wege steht, ist die «Privatwirtschaft» gefordert, ihre «*republikanische Mitverantwortung*» für das Gemeinwohl wahrzunehmen und auf Rahmenbedingungen zu drängen, «unter denen die einzelne Unternehmung sich die Aufgabe der Selbstbehauptung im Wettbewerb überhaupt zumuten lässt»⁶.

Unternehmensethische Verantwortung gibt es aber nicht nur für die Unternehmensleitung, sondern auch für alle andern «Stake holder», allen voran die «Work holder», die arbeitenden Menschen. Diese müssten endlich in aller Freiheit mitentscheiden können, nach welchen Kriterien was, wie und für wen produziert, natürlich auch, wie Gewinn und Arbeit verteilt werden sollen. Ulrich spricht von einer «deliberativen Unternehmenspolitik», vermeidet aber Begriffe wie Mitbestimmung oder Selbstverwaltung. «Integrative Unternehmensethik» kommt jedoch nicht darum herum, das alte Thema «Demokratisierung der Wirtschaft» wieder aufzugreifen.

«Unternehmensethik» hat entweder systemverändernde Konsequenzen oder sie legitimiert die «Sachzwänge», deren Opfer oder Alibi sie ist.

¹ Vgl. meine beiden Zeichen der Zeit: Zur Ideologie der «freien Marktwirtschaft» (Januarheft 1995), Ende der Sozialen Marktwirtschaft? (Juli/Augustheft 1995).

² Hermann Sautter, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft?, in: Ökumenische Rundschau, Januar 1995, S. 464ff.

³ Vgl. Zeichen der Zeit: «Novartis» oder «Das Diktat des Marktes» (Aprilheft 1996).

⁴ Vgl. Peter Ulrich, Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern 1997, S. 416ff.

⁵ A.a.O., S. 428.

⁶ A.a.O., S. 429.

Zu Willy Spieler: «Unternehmensethik» (NW 11/97)

Lieber Willy,

als ich gestern Dein «Zeichen der Zeit» zum Thema «Unternehmensethik» las, fiel mir ein Artikel über *Tony Blair* ein, den ich zur Zeit des letzten Labour-Parteitags, also irgendwann Anfang Oktober, in der «Zeit» gelesen habe.

UnternehmerInnen beim Wort nehmen, wenn sie von Ethik reden

Der Unterschied zwischen Dir, Willy, und Tony lässt sich, wenn ich es richtig sehe, folgendermassen auf den Punkt bringen: *Willy und Tony* haben entdeckt, dass UnternehmerInnen meist *nicht rational* im Sinne der neoliberalen Doktrin entscheiden. Laut Willy handeln sie statt dessen *immer unmoralisch*: gegen Arbeitnehmer, gegen ihre eigenen Kinder und gegen das Allgemeinwohl. Laut Tony hingegen entscheiden sie *entweder unmoralisch oder moralisch*. Willy und Tony sehen die Haie Marke Ebner. Tony sieht *ausserdem* den Strassenbauunternehmer, der aus ökologischen Gründen einen Auftrag nicht annimmt. Ihm spricht er in aller Öffentlichkeit ein grosses Lob aus.

Willys Politik läuft konsequent auf *Widerstand und Systemveränderung* hinaus. Tony hingegen setzt auf eine multiple Strategie: die Moral der moralwilligen UnternehmerInnen wird beim Schopf gepackt, die Unmoral der anderen wird öffentlich angeprangert, das Allgemeinwohl bildet ausdrücklich die Mitte des Ganzen, und bei alledem waltet möglichst viel Phantasie. Wie sich die Politik des postmodernen Sozialisten Blair längerfristig bewähren wird, wissen wir noch nicht. Was er von «Systemveränderung» hält, ist ziemlich unklar. Manchmal scheint es, er werfe dieses Wort samt seinem Inhalt allzu schnell in den Topf «Altlinke Rhetorik». Wie sich Willy konkret verhält, wenn er einem real existierenden moralwilligen Reichen gegenüber sitzt, weiss ich auch nicht.

Systemveränderung nie aus den Augen verlieren

Was ich meine, weiss ich aber. Ich finde mit Dir, Willy: Systemveränderung sicher – als längerfristiges Ziel – niemals aus den Augen ver-

lieren. (Welches «System» genau das jetzige ablösen sollte, darüber müssten *Männer und Frauen* sich demnächst einmal gründlich austauschen.) Und ich finde mit Tony: Wir sollten die UnternehmerInnen beim Wort nehmen, wenn sie von Ethik reden, statt sie *in ihrer Eigenschaft als Unternehmende* grundsätzlich für moralunfähig zu erklären. Ja, Unternehmende sind UnterdrückterInnen – und ausserdem sind sie ganz normale, ansprechbare Leute, «*simul iustae/i et peccatores*» wie wir alle. Ist das nicht eine Hoffnung, die das Religiöse am Religiösen Sozialismus ausmacht?

Viele Grüsse aus der Bergklause von
Ina Praetorius

«Im System sein, ohne vom System zu sein»

Liebe Ina,

vielen Dank für Deine Zuschrift. Die *Gegenüberstellung von Tony und Willy* ehrt mich natürlich. Aber so wie Du mein Gegenüber darstellst, wäre ich ihm vermutlich näher als «Willy». Darum möchte ich gern auf Deine kritische Anfrage replizieren, nicht um einfach auf meiner Position zu beharren, sondern um sie mit Hilfe Deines Briefs zu klären.

Nicht nur Tony singt das Lob moralischer UnternehmerInnen...

Dass UnternehmerInnen «immer unmoralisch» handelten, würde ich so absolut nicht sagen. «Unternehmensethik» hat ja nur dann einen Sinn, wenn unternehmerische Entscheidungsfreiheit mehr und anderes ist als «Einsicht in die Notwendigkeit», und das heisst: in die – vermeintlichen – Sachzwänge des totalen und globalen Marktes. Der Nachweis der teilweisen Irrationalität unternehmerischen Handelns hat wenigstens den Vorzug, diese Entscheidungsfreiheit aufzuzeigen. Wo aber *Freiheit* besteht, da gibt es auch *Verantwortung*. Wenn zum Beispiel Herr Ebner sein Steuerdomizil von Zürich nach Freienbach verlegt, wo er um die Hälfte weniger Steuern bezahlen muss, dann steht er nicht unter einem objektiven Marktgesetz, sondern unter dem selbstauferlegten «Sachzwang», den eigenen Shareholder value zu mehren. Er honoriert die Schmutzkonzurrenz einer Gemeinde, die von der nahen Stadt profitiert, ohne an deren Lasten

beizutragen. Die Aussagen, dass dieses Verhalten unmoralisch ist, macht nur Sinn, wenn Herr Ebner sich – wenigstens in der Frage seines Steuerdomizils – auch moralisch hätte verhalten können.

Wenn ein Strassenbauunternehmer aus ökologischen Gründen einen Auftrag nicht annimmt, dann erhält er nicht nur Lob von Tony, sondern auch von Willy. Mit dem – allerdings negativen – Beispiel des *Drei-Schluchten-Kraftwerks am Jangtse* wollte ich auf diese Möglichkeit ethischer Alternativen hinweisen. Hätte ABB Schweiz aus ökologischen und entwicklungspolitischen Gründen auf diesen Auftrag des chinesischen Regimes verzichtet, hätte Willy ein nicht weniger eindrückliches Beispiel für ethisches Verhalten eines Unternehmens nennen können als Tony. Aber ich weiss nicht, wie Tony sich verhalten hätte, wenn dieser Zuschlag an eine britische Firma gegangen wäre.

... und ihrer «republikanischen Mitverantwortung» für das Gemeinwohl

Wenn Tony sich die von Dir erwähnte «multiple Strategie» zulegt, die nach dem Kriterium des Gemeinwohls moralisches Verhalten von unmoralischem trennt und das System phantasievoll

weiterentwickelt, dann stehe ich Tony näher als Willy. Das schöne – Peter Ulrich entlehnte – Wort von der «*republikanischen Mitverantwortung*» des Unternehmens für das Gemeinwohl zielt in diese Richtung, von der ich mit Dir hoffe, dass auch Tony sie verfolge. «Systemveränderung» ist innerhalb eines Systems in der Regel wirksamer, als wenn sie «von aussen» kommt – immer unter der Voraussetzung, das jeweilige System enthalte dieses Veränderungspotential und korrumpiere nicht die veränderungswilligen Menschen. (Dieselbe Fragestellung wiederholt sich in der Politik, wo Willy sich auf ein System einlässt, das er als demokratisches gutheisst, als kapitalistisch dominiertes aber – demokratisch – überwinden möchte.)

Würde es tatsächlich zutreffen, dass unternehmerisches Handeln immer unmoralisch wäre, dann müsste es nicht länger *ethisch bewertet*, sondern nur noch *bekämpft* werden. Das ist nicht meine Überzeugung. Darum habe ich im Editorial zum letzten Heft ja auch geschrieben, Unternehmensethik sei für mich ein (weiterer) Versuch, «im System zu sein, ohne vom System zu sein».

Mit dem Wunsch auf eine Fortsetzung des Dialogs und einem

herzlichen Adventsgruss von
Willy Spieler

Spendenaufruf für die Hilfsaktionen von Vre Karrer in Somalia

Am 19. November hat Vre Karrer aus Merka (Somalia) telefoniert. Sie berichtete, die gegenwärtige *Überschwemmungskatastrophe* sei fast unvorstellbar und in diesem Ausmass seit 60 Jahren nicht mehr eingetreten. Viele Menschen und Tiere würden von den Fluten erfasst und fortgerissen. Sie selber habe sich kürzlich nur mit einem Sprung vor einer plötzlich herannahenden Flutwelle retten können.

Vre Karrer hat etwa 45 Männer angestellt, um Gräben auszuheben, durch die das gestaute Wasser wieder abfliessen kann. Zudem kaufte sie Lebensmittel – was in Merka noch möglich ist –, um Menschen ernähren zu können, die alles verloren haben. Das nötige Geld dafür hat sie vom Betrag abgezweigt, der für die Bezahlung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zeit vom Herbst 1997 bis zum Herbst 1998 bestimmt war.

Darum bittet uns Vre Karrer, wieder *Spenden* einzuzahlen, um das jetzt für die Nothilfe ausgegebene Geld ersetzen zu können. Ihr *Postcheckkonto* lautet: «Hilfe für Somalia», 8000 Zürich, 80-53042-7.

Im Januar 1998 muss Vre Karrer wieder in die Schweiz zurückkommen, um ihre Malaria-Therapie fortzusetzen. Unsere Freundin braucht aber auch dringend Erholung, hat sie doch in den letzten Wochen einige Kilos an Körpergewicht verloren. Im kommenden Frühjahr wird sie dann die gesammelten Spenden wieder nach Somalia bringen.

Für Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift, die Vre Karrer schreiben möchten, lautet die Adresse:

Verena Karrer
Cooperative Neue Wege
c/o Olympic
Dalsan MG – Q – Marka
Box 2648
Dubai U.A.E. (United Arab Emirates)

Eine Gewähr, dass die Briefpost auch wirklich eintrifft, gibt es leider nicht.

Hansheiri Zürrer